

Globaler Wettbewerb bis zum bitteren Ende Privatisierung als Lösung der Finanzmisere der öffentlichen Hand?

Deutschland müsse wettbewerbsfähiger werden. Diese Forderung erhebt jeden Tag ein anderer „Experte“ in irgendeiner schlaun Talk-Runde. Die wirtschaftliche Lage sei katastrophal. Unter den Industrienationen nähme die Bundesrepublik inzwischen angeblich den letzten Platz ein. Deshalb müssten die Steuern runter, bräuchten wir wieder längere Arbeitszeiten und weniger Kündigungsschutz. Dass dieses „nicht mehr wettbewerbsfähige“ Land Jahr für Jahr immer wieder „Exportweltmeister“ wird, dass amerikanische Unternehmen den Standort Deutschland schätzen, wie kürzlich der Vorstandsvorsitzende des weltgrößten Elektrokonzerns bei Sabine Christiansen äußerte, spielt bei dieser Bewertung offensichtlich keine Rolle.

Allerdings lässt sich an anderen, handfesteren Dingen festmachen, dass etwas nicht in Ordnung ist. Wenn man über Deutschlands Straßen fährt, gelingt es einem immer weniger, der wachsenden Zahl von Schlaglöchern auszuweichen. Die Medien berichten immer häufiger von katastrophalen Zuständen an den Schulen: angefangen von der Hygiene auf den Toiletten über ausgefallene Heizungen im Winter, heruntergekommene Flure und Klassenzimmer, in die es teilweise hinein regnet, bis zu veralteten Lehrmitteln. Von Lehrermangel und Unterrichtsausfall gar nicht zu reden. Die öffentlichen Haushalte haben keine Spielräume mehr: Manche Bundesländer, wie Bremen und das Saarland, könnten ohne den Länderfinanzausgleich nicht mehr existieren; man hört auch von Gemeinden, die völlig pleite sind, und von der zuständigen Aufsichtsbehörde unter Kuratel gestellt werden.

Hängt dies alles damit zusammen, dass wir, wie die Medien nicht müde werden, uns einzuhiämmern, über unsere Verhältnisse leben? Was sind denn überhaupt unsere Verhältnisse? Verbrauchen wir zu viel, um dann nichts mehr in Bildung und Infrastruktur investieren zu können? Warum hören wir dann tagtäglich die Klage, dass zu wenig gekauft und konsumiert würde? Irgendetwas passt doch da nicht zusammen. Unser Bruttoinlandsprodukt wächst seit Jahren und wenn es einmal stagniert, dann auf einem Niveau, von dem wir vor dreißig Jahren nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Das Privatvermögen der Deutschen misst sich nicht in Milliarden sondern in Billionen Euro. (Um hier keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Das bedeutet nicht, dass alle Bürger an diesem ständig wachsenden Vermögen beteiligt sind. Die Zahl der überschuldeten Privathaushalte steigt ebenso wie die der öffentlichen Haushalte ständig.)

Mit diesem Widerspruch haben die Gurus in den Wirtschafts- und Konjunkturforschungsinstituten und ihre politischen und journalistischen Nachplapperer jedoch kein Problem. Wozu brauchen wir überhaupt staatliche Leistungen? Der private Reichtum kann ja einspringen. Die öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen werden einfach privatisiert. Dies fordert das internationale Finanzkapital, das in der realen Wirtschaft keine lohnenden Renditeobjekte mehr findet, schon lange, und es entspricht voll der neoliberalen Ideologie. Deshalb wird diese Forderung von liberalen Politikern – auch im Ländle – begierig aufgegriffen: Wie man dieser Tage in der LKZ lesen konnte, hat Wirtschaftsminister Pfister eine Arbeitsgruppe zur weiteren Privatisierung öffentlicher Aufgaben eingesetzt. Dass dabei Vermögen, das uns allen gehört, enteignet wird, dass es Dienstleistungen z.B. im Bildungs- und Gesundheitsbereich gibt, bei denen es nach europäischem Verständnis auf Solidarität und gleiches Recht für alle statt auf Gewinnmaximierung ankommt, scheint man dabei zu vergessen.

Auf die nahe liegende Idee, dass der Staat deshalb seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann, weil seine Einnahmen wegbrechen und die einfachste Lösung darin bestünde, ihm diese Einnahmen in Form von Steuern wieder zu verschaffen, scheint niemand zu kommen. Man will ja, dass sich der Staat „auf seine eigentlichen Aufgaben“ zurückzieht, da die Privatisierung von Dienstleistungen ein Milliardengeschäft für die beteiligten Unternehmen und ihre Aktionäre bedeutet. Die schlechten Erfahrungen, die man in den USA, in Großbritannien aber auch bei uns bereits mit privatisierten Dienstleistungen – zum Beispiel bei Bahn und Post – gemacht hat, spielen offensichtlich keine Rolle.

Ebenso wenig stellt man sich die Frage, warum die Steuereinnahmen des Staates so drastisch zurückgegangen sind. Während früher Arbeitnehmer, Selbständige und Unternehmen gemeinsam ihren Teil zur Finanzierung des Staates beigetragen haben, sind in den letzten zwanzig Jahren die Steuern auf Gewinne und Vermögen drastisch zurückgegangen. Heute hat sich das Bild total verschoben: Über die Lohnsteuer, deren relativer Anteil sich inzwischen verdreifacht hat, und die Mehrwertsteuer, die auch im wesentlichen von den abhängig Beschäftigten als der größten Verbrauchergruppe aufgebracht wird, werden heute etwa zwei Drittel der Steuereinnahmen finanziert.

Man braucht sich also nicht zu wundern, dass

Noachgfroagt:

„Dua, warum hoisst eigendlich kaum a Stroaß in Tamm noach're Frau?“



„Des woiß i au net. Abr em neia Baugebiet lässt sich des sichr ändra, wo jetzt sechs Fraua em Gmoinderat hocket.“

infolge der ständig steigenden Arbeitslosigkeit ein immer niedrigeres Lohnsteuer- und durch den zwangsläufig zurückgehenden Konsum auch ein sinkendes Mehrwertsteueraufkommen die Staatseinnahmen laufend schrumpfen lässt. Hinzu kommt, dass weder Großunternehmen noch Großverdiener das Wenige an Steuern, das sie noch bezahlen müssten, auch abführen. Nach Angaben der globalisierungskritischen Organisation Attac haben vermögende Deutsche in den letzten Jahren 600 Milliarden EUR zur Steuerhinterziehung ins Ausland verbracht.

Vielleicht denken die lautstark nach Privatisierung und Einschränkung der öffentlichen Leistungen rufenden Politiker einmal darüber

1. Tammer Binokel-Turnier

am Fr., 25. Feb. 2005, 19
Uhr in der VfB-Gaststätte

Anmeldungen bitte
bis zum 20. Feb. 2005 an
Gerhard Jüttner,
Schorndorfer Weg 36,
71732 Tamm, Tel. 60 55 83